

Umfangreiche Mauscheleien ("Riche cuisine") am Europäischen Patentamt

Ausserhalb jeder Kontrolle behandelt diese wenig bekannte, aber ultrareiche Organisation Ihre Mitarbeiter auf sehr altmodische Manier.

Stellen Sie sich vor: eine "off-shore"-Enklave im Herzen Europas, eine Art Mikro-Staat, der seine eigenen Gesetze erlässt, und dies ohne jegliche Kontrolle. Unvorstellbar? - Diese Enklave existiert bereits. Das Europäische Patentamt (EPA) ist eine diskrete, aber extrem reiche internationale Organisation, die gegenüber niemandem Rechenschaft ablegt. Auch ihr Präsident nicht, ein Absolvent der französischen Ecole Nationale d'Administration (ENA). Seitdem er im Juli 2010 diesen Posten übernommen hat, benimmt sich Benoît Battistelli laut seinen zahlreichen Widersachern wie ein echter Potentat. Unter seinem Regime ist das Amt zu einer Art Nordkorea verkommen.

Auf dem Papier sieht es aus als wäre ein Job am EPA eine prima Sache. Die 7000 Mitarbeiter, die für die Erteilung von Patenten für 38 Länder zuständig sind, gehören zu den Bestbezahlten in Europa. Mehr als die Hälfte von ihnen bezieht ein durchschnittliches Gehalt von monatlich über 11000 Euro, und das steuerfrei! Das EPA, vor 40 Jahren gegründet, weist ein Budget von 2 Milliarden Euro vor, und hat noch nie so viel Geld verdient wie unter der Leitung von Battistelli, der seinerseits jährlich 300.000 Euro einstreicht.

Streik auf die Spitze getrieben ("La grève au piquet")

Man ahnt es: Geld allein macht nicht glücklich. Letztes Jahr haben wütende Mitarbeiter vor dem Amtssitz in München gegen die nicht patentierten Managementmethoden ihres Präsidenten demonstriert. Einmalig in der Geschichte des Amtes. Die größte Gewerkschaft SUEPO¹ hatte zuvor über Selbstmorde von vier Mitarbeitern berichtet, zwei davon an ihrem Arbeitsplatz. Wie durch Zufall folgten daraufhin Disziplinarverfahren gegen mehrere Gewerkschaftsvertreter... Um die Kritik besser unterdrücken zu können, ließ der Präsident, der nebenbei in seiner Freizeit auch noch Gemeindevertreter (LR, "Les Républicains") in Saint-Germain-en-Laye (Grossraum Paris) ist, die Räumlichkeiten der Gewerkschaft schließen. In einem plötzlichen Anfall demokratischer Erleuchtung schränkte der ENA-Absolvent, der das Abzeichen der Ehrenlegion ("Légion d'Honneur") trägt, zudem das Streikrecht ein.

So darf die Gewerkschaft, wenn sie einen Streik ins Auge fasst, freundlichst bei der Direktion um Erlaubnis bitten. Diese kümmert sich dann auch um die Urabstimmung. Um die Streikerlaubnis zu bekommen, muss eine Mehrheit des

¹ Auf Deutsch IGEPA

Personals für den Streik stimmen, und das bitteschön bei einer Wahlbeteiligung von wenigstens 40 Prozent. Und sollte wie durch ein Wunder der Streik genehmigt werden, dann darf er sich auf keinen Fall über mehr als einen Monat erstrecken.

Am Freitag dieser Woche wird das niederländische Berufungsgericht sich über eine von der Gewerkschaft SUEPO, die vom französischen Rechtsanwalt William Bourdon beraten wird, eingereichte Klage gegen die "Verletzung von Grundrechten, betreffend das Streikrecht" äussern.

Bercy sagt *danke, es reicht* ("Bercy pour tout")

Im französischen Wirtschafts- und Finanzministerium ("Bercy") ist man über diese Situation, die dem Ansehen Frankreichs im Ausland einiges an Schaden zufügen kann, extrem irritiert. Der für die Industrie zuständige Staatssekretär Christophe Sirugue beteuert *"sehr beunruhigt zu sein über das soziale Klima, das am Amt herrscht, und das sich in den letzten zwei Jahren deutlich verschlechtert hat"*. Auch hat er Battistelli die Leviten gelesen, was diesen jedoch völlig kalt lässt.

Mit seinen sechs Leibwächtern, seinem Diplomatenpass und seinem CD-Kennzeichen an seiner Dienstlimousine hat er mehr Macht als ein Unterminister.

Viel Geld, viele Mauscheleien ("Un magot, des magouilles")

Um das Amt zu leiten hat der Präsident knapp ein Dutzend Franzosen eingestellt, von denen mehr als die Hälfte vom französischen Patentamt (INPI) kommen, ein Amt welches er über viele Jahre geleitet hat. Mit ihnen verwaltet er das Vermögen des EPA nach seinem Gutdünken. Ein Füllhorn, das allein in 2016 einen Überschuss von um die 560 Millionen Euro erwirtschaftet haben soll. Innerhalb des Verwaltungsrates gibt es nur wenige, die es wagen, kritische Fragen zu stellen.

"Das Einzige was für die Mitglieder des Verwaltungsrats zählt, ist, dass ihre Länder ihren Teil des mit den erteilten Patenten erworbenen Geldes zugeteilt bekommen", so ein Mitarbeiter des Amtes, der anonym bleiben möchte. Es geht dabei um 500 Millionen Euro. Allein Deutschland, europäischer Spitzenreiter was Patente betrifft, streicht davon jährlich um die 150 Millionen Euro ein. Dafür, dass Frankreich mit der Faust auf den Tisch geschlagen hat, wurde es bestraft. Die noch zu behandelnden französischen Patentanmeldungen wanderten umgehend wieder an das untere Ende des Stapels...

Das nennt man ein geschütztes Verfahren.

Christophe Labbé